

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller\*in: BAG WiFi  
Beschlussdatum: 02.04.2017

## Änderungsantrag zu GS-WG-01

### Von Zeile 41 bis 45:

intransparenten Anlageprodukten verbieten. Zu große Banken sind eine Gefahr für die Realwirtschaft, da wir sie nicht ohne Schaden für alle abwickeln können. ~~Deshalb brauchen wir eine stärkere Fusionskontrolle. Sind Banken bereits zu groß, wollen wir sie entflechten und das Einlagengeschäft vom krisenanfälligen Handelsgeschäft trennen. Für Kleinstbanken, Deshalb muss die Fusionskontrolle in Zukunft auch das sogenannte „too big too fail“ Kriterium berücksichtigen und Banken, die zu groß oder zu wichtig sind, um sie in der Krise in Konkurs gehen zu lassen, grundsätzlich verbieten mit anderen Finanzinstituten zu fusionieren. Große und komplexe Banken wollen wir in der Krise leichter abwickelbar machen. Daher fordern wir ein striktes Trennbankensystem. Mindestens sollen Banken ihr Einlagengeschäft und ihr Handelsgeschäft trennen und unter einem Dach unabhängig führen und mit Kapital ausstatten. Für kleine Banken~~ wollen wir dagegen weniger Bürokratie. Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen besser vor

## Begründung

„stärkere Fusionskontrolle“ ist zu unkonkret. Die heutigen Regeln in der Fusionskontrolle berücksichtigen nur den formalen Marktanteil. Dieser ist selbst bei einer Deutschen Bank oder Allianz heute noch so niedrig, dass eine Fusion mit einem anderen großen Finanzinstitut erlaubt würde. Deshalb muss das Kriterium too big to fail neu aufgenommen werden.

Bislang wollen wir Grüne die Banken nicht wirklich zerschlagen, aber ein Trennbankensystem unter einem Dach fordern wir sehr wohl.

Das Wort "Kleinstbanken" passt nicht. Damit beleidigen wir die typische Sparkasse und Genossenschaftsbank, die wir ja eigentlich meinen.